

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 65. und 66. Ratssitzung vom 25. September 2019

Gemeinsame Behandlung der zwei Geschäfte GR Nr. 2019/219 und 2019/224

1726. 2019/219

Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:

Aufhebung von Nachtfahrverboten für Elektrofahrzeuge

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nr. 2019/219 und 2019/224.

Andreas Egli (FDP) begründet das Postulat 2019/219 (vergleiche Beschluss-Nr. 1283/2019): Wenn irgendwo in der Gesellschaft ein Problem besteht, reagiert die Politik in der Regel auf diese Problematik. Im Grundsatz gibt es in der jetzigen Konstellation drei Möglichkeiten, auf ein Problem zu reagieren. Erstens könnte das Problem ignoriert werden. Zweitens könnte versucht werden, das Problem mit Verboten zu bekämpfen, mit Bevormundung und Steuereinnahmen, die den Staat aufblähen. Das ist in der Regel der Ansatz der Sozialisten. Drittens könnten Anreize geschaffen werden, um Möglichkeiten für Innovation zu bieten und zu versuchen, die Bürgerinnen und Bürger mit positivem Beispiel von jenem Verhalten zu überzeugen, das tatsächlich zur Problemlösung beiträgt. Das ist der liberale Ansatz. Alle 15–20 Jahre kommt ein solches Problem auf die Gesellschaft zu und alle 15–20 Jahre wird gleich darauf reagiert. Die Liberalen sind die, die das Problem tatsächlich lösen. Ich gebe zu, dieser und der letzte Vorstoss retten nicht das Weltklima. Sie leisten aber einen Beitrag. Konkret sollen Anreize geschaffen werden für Personen, die jetzt einen SUV oder ähnliches fahren, in Zukunft auf ein Elektrofahrzeug umzusteigen. Diese Autos sind bedeutend leiser als herkömmliche Diesel- oder Benzinfahrzeuge. Vor diesem Hintergrund wäre es angemessen, dass Elektrofahrzeuge in jene Nachtfahrverbote fahren können, die aufgrund der Lärmproblematik errichtet wurden. Dieser Anreiz würde so gut wie nichts kosten.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung:

STR Karin Rykart Sutter: Der Stadtrat lehnt dieses Postulat ab. Zwar ist die Förderung umweltfreundlicher Mobilität ganz im Sinn des Stadtrats. Die Aufhebung des Nachtfahrverbots für Elektrofahrzeuge sehen wir jedoch nicht als geeigneten Hebel dafür. Der Anreiz für die E-Mobilität würde nicht für die Anwohnerschaft geschaffen, weil diese über Zufahrtsbewilligungen verfügen. Der Anreiz würde für Besucherinnen und Besucher des Nachtlebens geschaffen. Dafür haben wir jedoch den ZVV, der über ein gut ausgebautes Nachtnetz verfügt. Es kämen höchstens mehr Leute mit dem Elektroauto statt mit dem öV. Nachtfahrverbote wirken in erster Linie gegen Lärm, besonders in Zonen mit Restaurants, Clubs und 24-Stunden-Shops, die sowieso schon lärmgeplagt sind. Auch wenn die

Autos selbst nicht sehr laut sind, die Leute werden Autotüren zuschlagen und laute Gespräche führen, kurz: mehr Lärm produzieren. Selbst im Postulat steht zudem, dass die Emissionen nur lokal kleiner sind, in der Produktion sind Elektroautos nämlich nicht sehr umweltfreundlich. Der Verkehrsdruck auf die Ausgangsquartiere ist heute schon gross, auf die Parkplätze ebenfalls. Einen künstlichen Anreiz zu schaffen, mit dem Elektroauto in den Ausgang zu fahren, ist in unseren Augen kein guter Anreiz. Deshalb ist der Stadtrat nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen und bittet Sie, das Postulat abzulehnen.

Dominique Zygmunt (FDP) begründet das Postulat 2019/224 (vergleiche Beschluss-Nr. 1288/2019): Nun sag', mein Rat, wie hast du's mit der Innovation? Das ist die Gretchen-Frage, die hinter diesem Postulat steht. Es ist kein Blick in die Glaskugel nötig, um voraussagen zu können, dass die Elektromobilität in Zukunft eine wichtige Rolle spielt. Elektroautos verursachen lokal keine Emissionen, und je nach Art der Stromproduktion sind sie im Betrieb CO₂-frei. Sie haben zudem den Vorteil, dass sie kaum Lärm verursachen und von der Konstruktion her sehr kompakt gebaut werden können. Für uns wäre es deshalb wichtig, die Elektromobilität und weitere umweltfreundliche Antriebsformen schon heute als wesentliche Teile der städtischen Mobilität anzuerkennen. Für die FDP ist etwas, das einen Motor hat, nicht automatisch schlecht. Für uns geht es darum, dass Mobilität insgesamt ermöglicht wird, dass man schnell und umweltfreundlich von A nach B kommt und dass verschiedene Mobilitätsbedürfnisse nicht gegeneinander ausgespielt werden. Jetzt ist die Frage: Was kann die Stadtpolitik machen, um Anreize für Elektromobilität zu schaffen? Wir machen Ihnen heute zwei Vorschläge. Es geht nicht um Verbote, sondern um das Setzen von Anreizen. Es ist uns auch klar, dass nicht alle gleich ein neues Auto kaufen deswegen. Es geht um die langfristigen Nutzerentscheidungen. Diese können durch solche Anreize durchaus beeinflusst werden. Elektro- und andere umweltfreundliche Fahrzeuge sollen in der Blauen Zone günstiger parkieren können. Wer weniger Platz braucht, weniger Emissionen ausstösst und weniger Lärm verursacht, soll so belohnt werden. Das heisst schlussendlich «Verursacherprinzip» und ist der bessere und direkt wirksame Ansatz, wie wir solche Innovationen unterstützen und zu einer umweltfreundlicheren individuellen Mobilität beitragen können.

Stephan Iten (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag zu GR Nr. 2019/224: Wir hatten einen Vorstoss eingereicht, der vorsah, für die Blaue Zone Halbtageskarten einzuführen. Der Stadtrat inklusive FDP hat dies abgelehnt. Jetzt kommt ein ähnlicher Vorstoss aus der Feder der FDP. Ich möchte aus dem Protokoll vorlesen, wie Andreas Egli (FDP) die Ablehnung damals begründete: «Auch wir unterstützen den Antrag nicht. Die fünfzehn Franken pro Tag sind ein akzeptabler Preis, vor allem in Relation zum Stundenpreis von gewissen anderen Parkplätzen. Die mögliche Ersparnis bleibt im tiefen einstelligen Frankenbereich. Dafür zusätzliche Administration aufzubauen, lohnt sich nicht.» Was bei einer Halbtageskarte nicht nötig ist, soll bei Elektrofahrzeugen plötzlich möglich und nötig sein. Auch dieser Vorstoss wird dem Klima nicht helfen. Gemäss Prognosen der Grünen und der Linken werden wir auch mit diesem Vorstoss alle verbrennen. Ihr schafft hier eine Zweiklassengesellschaft. Elektrofahrzeuge gut, Benzin- und Dieselfahrzeuge böse. Dieser Vorstoss bevorzugt ein paar wenige. Senkt die Preise für den gesamten motorisierten Individualverkehr, dann

sind wir dabei. So einen Vorstoss lehnen wir jedoch ab.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Auf den ersten Blick mag es erstaunen, dass wir beide Postulate ablehnen. Ich kann als Quartierbewohner der Kreise 4 und 5 sagen, dass die primären Lärmemissionen weniger ausschlaggebend sind für ein Nachtfahrverbot. Es geht vielmehr um jene Emissionen, die nicht durch die Fahrzeuge selbst entstehen. Das Ausgangspublikum ist zudem nicht die richtige Zielgruppe für ein solches Anreizsystem. Es manifestiert sich in diesen beiden Postulaten wiederum, dass die FDP krampfhaft versucht, sich eine ökologische Couleur anzueignen, die sich aber, wie Andreas Egli (FDP) selbst gesagt hat, im homöopathischen Bereich bewegt. Bezüglich des zweiten Postulats möchten wir eine Gleichbehandlung des MIV. Wir wollen nur noch kleinere und umweltfreundlichere Autos, das soll grundsätzlich und nicht nur in der Nutzung der Blauen Zone gelten. Die Administration würde nur Kosten verursachen.

Heidi Egger (SP): Wir verstehen nicht, warum ein Fahrzeug durch ein Nachtfahrverbot fahren soll, auch wenn es leiser und umweltfreundlicher als andere Autos ist. Die SP sagt klar Nein. Dass leichtere und umweltfreundlichere Autos vergünstigte Parkkarten kaufen können, tönt im ersten Augenblick sehr sympathisch. Die Kontrolle wäre aber unmöglich. Es sollen gar keine umweltschädlichen Autos mehr verkauft werden, dann müssen wir auch nicht mehr verschiedene Tarife machen. Auch dazu sagen wir klar Nein.

Peter Anderegg (EVP): Wir sind nicht gegen private Mobilität, schon gar nicht, wenn es sich um Elektromobilität handelt. Wir sind auch für die Förderung ökologischer Verkehrsmittel. Wir unterstützen das Postulat 2019/224, das durch minimalen Aufwand bei der Parkkarte in der Blauen Zone Anreize dafür schaffen kann. Auch das nächste Postulat 2019/222, das solchen Fahrzeugen eine längere Parkdauer ermöglichen soll, finden wir einen guten Anreiz, wir werden es ebenfalls unterstützen. Mit der Aufhebung des Nachtfahrverbots werden wir aber nicht warm. Das Nachtfahrverbot hat seinen Sinn, der nicht nur in der Vermeidung von Motorenlärm besteht. Für die Wohnbevölkerung ist das Nachtfahrverbot wichtig. Das Postulat 2019/219 lehnen wir deshalb ab.

Andreas Egli (FDP): Zum Votum von Stephan Iten (SVP): Der Vergleich mit eurem Vorstoss für eine Halbtageskarte mit unserem Vorstoss hinkt – aber wenn es das gleiche Anliegen ist, könntet Ihr ja heute zustimmen. Ich bin zudem etwas irritiert darüber, dass die GLP vor allem auf die Methode des Verbots setzt, um dem Klimawandel zu begegnen. Kleine Motivationsspritzen scheinen kein Thema zu sein. Ich stelle fest, dass das Klima und der Klimanotstand nur eine Rolle spielen, wenn es nicht das eigene Quartier betrifft. Wir hätten sofort umsetzbare Vorschläge ohne grosse Kosten und Aufwand für die Stadt. Zur Bestimmung, welche Autos wie umweltfreundlich sind, gibt es Labels auf Bundesebene. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass Ihr andere Vorstellungen habt.

Res Marti (Grüne): Ich möchte noch kurz auf den zweiten Vorstoss zu sprechen kommen. Sie wissen alle, dass die Blauen Zonen ein Provisorium sind – so wie das Globus-Provisorium ein Provisorium ist. Der einzige Unterschied ist, dass wir wüssten, was wir

mit dem von den Blauen Zonen belegten Platz anfangen könnten. Die Parkplätze in der Blauen Zone sind heute deutlich zu günstig. Für 300 Franken im Jahr oder 25 Franken im Monat gibt es in der Stadt Zürich keinen privaten Parkplatz zu mieten. Die öffentliche Hand subventioniert also die Parkplätze massiv. Eine liberale Lösung wäre doch, dass die Kosten verursachergerecht gedeckt und die Parkgebühren für die konventionellen Autos erhöht würden. Wenn wir die Preise für die konventionellen Autos verdoppeln, wären wir dabei, dass die Elektroautos weniger bezahlen. Das wäre ebenfalls ein Anreiz- und nicht ein Verbotssystem.

Walter Angst (AL): *Etwas in Bezug zu meinem Vorredner: Bei den Blauen Zonen handelt es sich um öffentlichen Raum, auf dem Gebühren erhoben werden. Es wurde bereits alles mögliche draufgeschlagen, um den heutigen Preis zu erreichen. Die Gebühren können nicht weiter erhöht werden.*

Stephan Iten (SVP): *Wir wollten die Halbtageskarte für alle und nicht nur für ein paar Privilegierte. Wir wollen einem Halter eines Elektroautos nicht mehr Rechte geben als einem konventionellen Fahrzeughalter. Ich habe heute noch keinen Vorstoss der FDP gesehen, der dem Klima auch nur im Ansatz etwas nützen würde. Wenn die Nachtfahrverbote generell aufgehoben würden, hätten wir weniger Suchverkehr, was dem Klima nützen würde. Da wären wir dabei gewesen. Nachtfahrverbote sind sowieso eine Farce. Die gibt es nur dort, wo die Party stattfindet, im Kreis 1 und im Kreis 4. Die, die Lärm machen, sind nachts um drei Uhr im Bett, wenn das Nachtfahrverbot aufgehoben wird. Zudem werden die Nachtfahrverbote automatisch kontrolliert. Wie soll ein Gerät erkennen können, ob es sich nun um ein klimafreundliches Auto handelt oder um ein konventionelles? Dieser Vorstoss hilft weder dem Klima noch sonst jemandem. Wir lehnen ihn deshalb ab.*

Das Postulat wird mit 17 gegen 89 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1727. 2019/224

Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:

Günstigere Gebühren für Blaue-Zone-Parkkarten für kleinere, leichtere und umweltfreundlichere Fahrzeuge

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/219, Beschluss-Nr. 1726/2019.

Dominique Zygmunt (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1288/2019).



5 / 5

Stephan Iten (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 20 gegen 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat